



## **Antrag 3**

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
zur 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg  
am 27. Mai 2015

### **Mehr politische Bildung an Schulen!**

Demokratiepolitische Bildung ist zentral für das Funktionieren eines demokratischen Staates, der darauf basiert, dass seine BürgerInnen politische Beteiligung anstreben und an den dazugehörigen Prozessen wie z.B. Wahlen teilhaben können. Vor allem junge Menschen, die mit 16 Wählen können, beklagen immer wieder, dass ihnen das politische Wissen fehlt.

Völlig unverständlich ist es daher, warum Politische Bildung an Schulen derzeit nur als Unterrichtsprinzip Berücksichtigung findet. Eine Regelung, die sich als wenig praktikabel erwiesen hat. Das untermauerte unlängst auch eine von der AK Wien in Auftrag gegebene Studie. Das Ergebnis: Mehr als die Hälfte der LehrerInnen hat auf Grund des umfangreichen sonstigen Lehrplans keine Zeit für Politische Bildung.

Angesichts dessen ist das Bestreben der Bundesregierung, Politische Bildung als Pflichtmodul zu verankern, ein Fortschritt und zu begrüßen. Themen der Politischen Bildung wären dann fixer Bestandteil des Unterrichts und der Lehrpläne. Das wäre vor allem auch im Sinne der LehrerInnen, die sich laut AK-Studie mehr Politische Bildung und bessere Lehrmaterialien wünschen.

Klar ist aber auch: Das angekündigte Pflichtmodul kann nur ein Zwischenschritt sein. Langfristig aber braucht es in Österreich ein eigenes Fach Politische Bildung. Dieser Meinung sind laut Umfragen auch die Jugendlichen selber. In Vorarlberg forderte zuletzt auch die Gewerkschaftsjugend in einem einstimmig verabschiedeten Leitantrag die Einführung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung.

**Die 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert die Bundesregierung auf,**

- **„Politische Bildung“ als eigenes Pflichtfach für Jugendliche ab 10 Jahren im Lehrplan aller Schultypen zu verankern. Dabei ist besonders auf jugendadäquate Vermittlungsformen wie z.B. Projektunterricht zu achten. Dabei ist sicherzustellen, dass Demokratie und**

**verfassungsrechtliche Bestimmungen vermittelt werden und keine Parteipolitik Platz greift.**

- **ein eigenes Lehramtsstudium „Politische Bildung“ an Hochschulen einzuführen.**